

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 170.— M., bei Selbstabholung 145.— M. — Preis der Einzelnummer 3.— M. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24598  
Postcheckkonto Nr. 53477 :: :: Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 24598

Inseratenpreise: Die 8spaltige Kolonelle oder deren Raum 20.— M., bei Platzvorschrift 25.— M.; Familiennachrichten, die 8spaltige Zeile 10.— M., Reklame-Kolonelle 30.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 22721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Stützungsaktion der Mark.

Forderungen der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

### Die Parteiführer und die Regierung.

Berlin, 24. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Verhandlungen der Parteiführer mit der Regierung wurden gestern begonnen und sollen heute fortgesetzt werden. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird zu entscheiden sein, sagt der Vorwärts, ob die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch während der kurzen Ferien zusammentreten wird, um die sich aus der Lage ergebenden weiteren Schritte zu beschließen.

Im Mittelpunkt der obengenannten Verhandlungen standen die Forderungen, die die Reichstagsfraktion der SPD. in ihren letzten Fraktionsversammlungen aufgestellt hat. Sie lauten nach Darlegungen des SPD. folgendermaßen:

Die wichtigste Voraussetzung für die Herbeiführung einer Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse ist nach unserer Meinung eine planmäßige Aktion zugunsten der Stützung der Mark. Zu diesem Zwecke ist ein Devisenfondus bereitzustellen, der ausreicht, um den tatsächlichen Bedarf der deutschen Wirtschaft nach fremden Zahlungsmitteln innerhalb der drei nächsten Monate zu befriedigen. Dafür ist auch der Goldbestand der Reichsbank in Anspruch zu nehmen, der somit am besten in der Zeit schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis den Interessen des deutschen Volkes nutzbar gemacht werden kann.

Die sozialdemokratische Fraktion ist selbstverständlich für die Aufrechterhaltung der Devisenverordnung. Der mit ihr beabsichtigte Zweck ist jedoch nicht vollständig erreicht worden, weil von einer einzelnen Maßnahme, und noch dazu von einer negativen, nie ein voller Erfolg zu erwarten war. Deshalb waren auch zu ihrer Ergänzung anderweitige Maßnahmen vorgeschlagen. Sie fanden aber bei den einzelnen Ressorts so starken Widerstand, daß sie nicht durchgeführt wurden und somit auch den Erfolg der Devisenverordnung gefährdeten.

Dem weiteren Fallen der Mark kann aber nur Einhalt getan werden, wenn mit der Durchführung der Stützungsaktion auch die Devisenkontrollen verschärft wird. Es kann nicht bestritten werden, daß der private Devisenhandel zur wilden Spekulation geführt hat. Diese Spekulation muß unterbrochen werden, weil sie das Lebensinteresse der breiten Masse, die Erhaltung der Kaufkraft der Mark, gefährdet. Das kann nur dadurch geschehen, daß Devisen ausschließlich von der Reichsbank (eventuell in Verbindung mit dem von ihr zu bildenden Stützungsamt), und zwar nur für Importzwecke und zur Erfüllung ausländischer Zahlungsverpflichtungen abgegeben werden.

Andererseits muß den eine wertbeständige Anlage ihrer flüssigen Geldmittel suchenden Kapitalbesitzern Gelegenheit gegeben werden, ohne in fremde Devisen flüchten zu müssen, ihre Kapitalien gegen Entwertung zu sichern. Als wirksame positive Maßnahme ist deshalb die Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe durch die Reichsbank zu verlangen. Um auch die kleinen Sparrer gegen die Geldentwertung zu schützen, müßte den Sparkassen die Erlaubnis gegeben werden, Spargelder in Goldrechnung zu übernehmen. Der Ertrag dieser Goldanleihe muß der Reichsbank insbesondere zur Kräftigung der notwendigen Stützungsaktion für die Mark zur Verfügung gestellt werden.

Neben diesen eigentlich währungspolitischen, sind aber auch finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen notwendig. In diesem Zusammenhang verlangt die Fraktion immer wieder, daß die Steuererziehung beschleunigt und die Geldentwertung zu Lasten der Steuerpflichtigen erfolgt, wie sich das durch die Praxis ganz von selbst beim Lohnabzug ergibt. Um hier der Bevorzugung der Besitzenden ein Ende zu machen, müssen die Steuern in Höhe des Kurswertes der Mark zur Zeit der Veranlagung erhoben werden.

Wirtschaftspolitisch muß durch die Hemmung der Zugewinnnahme durch Zollerhöhung, in besonderen Fällen auch auf dem Wege des Verbots eine Besserung unserer Handels- und Zahlungsbilanz erfolgen. In dieser Zeit der Not darf unter keinen Umständen zugelassen werden, daß Kartoffeln und Getreide zur Erzeugung von Trinktännwein verbraucht werden. Ebenso ist ein Verbot der Verwendung von eingeführtem Mais zu Brennereizwecken streng durchzuführen.

Bei dem jetzigen Stand des Dollars ist es dem Reich fast unmöglich gemacht, Nahrungsmittel zur Aufrechterhaltung der Volksernährung einzuführen. Das hat die Fraktion bereits veranlaßt, im Reichstage einen Antrag auf vollständige Erfassung der wichtigsten Nahrungsmittel zu stellen. Dieser Antrag ist am Montag abgelehnt worden. Die Fraktion wird trotzdem diese Forderung erneut auch der Regierung gegenüber vertreten, weil sie der Ueber-

zeugung ist, daß der „Segen der freien Wirtschaft“ zur Auswegung der breitesten Schichten des deutschen Volkes führen muß.

Die sozialdemokratische Fraktion ist sich vollständig klar, daß eine endgültige Ordnung unserer Finanzen und Gesundung unserer Wirtschaft nur herbeigeführt werden kann, wenn die Verhandlungen mit der Reparationskommission zu einem für Deutschland günstigen Abschluß führen. Sie weiß, daß die deutsche Wirtschaft insbesondere durch die gesteigerten Rohstofflieferungen an die Entente unerträglich belastet wird und daß die Passivität unserer Handelsbilanz wesentlich beeinflusst ist durch die starke Einfuhr ausländischer Kohlen.

Die derzeitige wirtschaftliche und finanzielle Situation des deutschen Volkes verpflichtet die deutsche Regierung und die Parteien, von sich aus alles zu versuchen, was den weiteren Verfall der Mark aufhalten kann. Wenn eine endgültige Lösung dieser schwierigen Probleme auch ohne Hilfe des Auslandes nicht erfolgen kann, so werden doch alle diejenigen, die uns helfen wollen, fragen, was denn von uns aus geschehen ist, um Besserung zu schaffen.

### Unterredung Wilhms mit den Bankdirektoren.

SPD. Der Reichsanwalt führte am Mittwoch nachmittags mit den Vertretern der Großbanken eine Besprechung, die sich auf die Devisenverordnung und auf Maßnahmen zur Stabilisierung unserer Mark bezog. Wie wir erfahren, ist nur ein Teil der Bankdirektoren der Auffassung, daß die Devisenverordnung aufgehoben werden muß, während ein anderer Teil die Ansicht vertritt, daß sich jetzt eine Aufhebung nicht möglich machen läßt. Positive Vorschläge zur Stabilisierung der Mark haben auch die Vertreter der Banken nicht gemacht, so daß also nach wie vor die einzig vorhandenen Vorschläge zur Eindämmung der Währungsnotlage von der Sozialdemokratie angeregt wurden. Das Grundübel unseres Elends schon die Vertreter der Banken in der passiven Handelsbilanz. Sie sind deshalb der Auffassung, daß zunächst hier Abhilfe geschaffen werden muß.

### Niederlage der Kommunisten bei den Sowjetwahlen.

Helsingfors, 25. Oktober. (SB.) Die Stichwahlen in die Sowjets im Donbassin ergaben 45 Parteiloze, 18 Sozialisten und nur 37 Kommunisten. In diesem Jahre nahmen alle Arbeiter und Bergleute im Donbassin an der Wahl teil. Die Mehrzahl der Parteilozen sind heimliche Sozialisten. In einigen Bezirken sollen abermalige Stichwahlen stattfinden, da in diesen Orten die Kommunisten nicht einmal 10 Prozent der Stimmen erhalten haben.

Die Arbeitslosigkeit in England. In der am 18. Oktober zu Ende gegangenen Woche betrug die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen 1 332 500.

Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 4400 M.

„Christen“.



„Geh mit Gott, mein Sohn, dieses antichristliche Paß muß abgelehnt werden.“

### Fruchtbare Arbeit im Finanzministerium.

Kein irgendwo ist die Arbeit, insofern der bitteren Nöte unserer Zeit, derart erschwert, wie im Finanzministerium. Die finanziellen Schwierigkeiten haben sich in den verflochtenen Monaten außerordentlich verschärft. Unter den vernichtenden Wirkungen des Versailler Friedensvertrages hat die Geldentwertung rapide Fortschritte gemacht, so daß heute die Kaufkraft der deutschen Mark, die zu Beginn dieses Jahres noch ein Biergigstel ihres Friedensstandes betrug, auf kaum ein Tausendstel ihres Friedenswertes gesunken ist. Diese Geldentwertung hat wiederum zu Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie dazu geführt, daß mit den für den Staatshaushalt ursprünglich vorgesehenen Summen an persönlichen und sächlichen Ausgaben, die zumeist auf einer Veranschlagung nach dem Stande vom Juni 1921 beruhen, auch nicht annähernd auszukommen war und daher fast alle Titel des Haushaltsplans ganz erheblich überschritten werden mußten. Unter den obwaltenden Umständen konnte das Finanzministerium seine Zustimmung zu diesen Planüberschreitungen, gemäß Artikel 47 der Verfassung, nur in den schlimmsten Fällen verweigern.

Zu der für die Staatsfinanzen äußerst ungünstigen allgemeinen Entwicklung des Wirtschaftslebens kommt in letzter Zeit noch eine immer beängstigendere Form annehmende Knappheit an Zahlungsmitteln, die an die staatlichen Kassenstellen, insbesondere die Landeshauptkasse, ebenso wie an die Staatsbank ganz außerordentliche Anforderungen stellt. Bei der großen Kreditnot, unter der die gesamte Industrie zu leiden hat, sind die Mittel der großen privaten Bankinstitute derart in Anspruch genommen, daß sie für die Deckung des staatlichen Geldbedarfs nahezu völlig ausgeschieden sind. In hervorragender Weise hat diesen Ausfall die Staatsbank auszugleichen vermocht. Dieses junge Staatsunternehmen, gegen dessen Gründung die Deutschnationalen gestimmt haben, hat, trotz diesen schwierigen Verhältnissen, nicht nur die Interessen des Staates und seiner öffentlichen Organe in weitgehendem Maße gefördert, sondern auch den Ansprüchen weiterer Kreise von Handel, Industrie und Gewerbe zu entsprechen vermocht und damit, wie seine rasch aufstrebende Entwicklung zeigt, durchaus die Erwartungen erfüllt, die für seine Gründung maßgebend waren.

Daß die in jeder Hinsicht unsicheren Verhältnisse die Tätigkeit des Finanzministeriums außerordentlich schwierig gestalten mußten, ist ohne weiteres klar. Heute aufgestellte Finanzierungspläne und überschlägliche Berechnungen sind vielfach, bereits nach wenigen Tagen, wieder überholt; dabei liegen die benötigten Summen so sprunghaft, daß, auch im Wege roher Schätzungen, der tatsächliche Bedarf kaum mehr zutreffend ermittelt werden konnte. In gleicher Weise ließ die Einnahmeseite die Möglichkeit des nötigen klaren Ueberblicks vermissen, weil hierbei allerhand völlig ungewisse Faktoren mitsprachen, und insbesondere die wesentliche Frage der Beteiligung des Landes an den Erträgen der Reichsteuern und der Höhe des Reichszuschusses zu dem Besoldungsmehrbedarf noch immer keine endgültige Entscheidung gefunden hat.

Die allgemeine finanzielle Ungewißheit führte weiterhin dazu, daß das Finanzministerium in ganz besonderem Maße durch die Beratungen im Landtag in Anspruch genommen wurde, ganz abgesehen von den langwierigen Verhandlungen, die der Verabschiedung des Staatswirtschaftsgesetzes und des Gesetzes über den Staatsrechnungshof vorausgingen.

Das Staatswirtschaftsgesetz bezweckt unter anderem die Entbürokratisierung der staatlichen Wirtschaftsbetriebe und die Einführung der kaufmännischen Betriebs- bzw. Rechnungsmethode, damit die Staatsbetriebe in Zukunft, auch bei vorbildlichen Arbeitsverhältnissen, die Rentabilität der Privatbetriebe erreichen. Da insofern dieser Umwandlung der Haushaltsplan nicht mehr, wie bisher, die ziffernmäßige Einzelübersicht über Einnahmen und Ausgaben dieser Betriebe bieten kann, wurde, auf Drängen der SPD-Fraktion, für diese Betriebe ein sogenannter Verwaltungsrat oder Beirat geschaffen, in dem neben Sachverständigen, zum Zwecke der Information und Fühlungnahme des Parlamentes mit diesen Betrieben, auch Mitglieder des Landtages Sitz und Stimme haben werden. Sodann aber wurde, gemäß unseres Grundgesetzes der Wirtschaftsdemokratie, dafür gesorgt, daß auch die Arbeiter und Beamten oder Angestellten dieser Betriebe in den Beiräten vertreten sind. Dadurch wird einmal die Arbeitnehmererschaft zur Mitleitung und Mitverantwortung derartiger Wirtschaftsbetriebe erzogen, und im übrigen soll damit ein reibungsloseres Zusammenarbeiten der Betriebsleitungen mit der Arbeitnehmererschaft erreicht und diese durch ihre Delegierten auch über die großen Gesichtspunkte kaufmännischer und betriebstechnischer Dispositionen unterrichtet werden.

Besonders gegen diese wirtschaftsdemokratische Tendenz des Gesetzes haben sich die Vertreter der Rechtsparteien im Finanzausschuß B gewehrt, und sie haben, hauptsächlich aus diesem Grunde, das Gesetz bei der Endabstimmung im Plenum abgelehnt.

Bezeichnend ist übrigens das Verhalten der Demokraten.